

## **Minarett-Initiative**

Nationalrat Walter Donzé  
DV EVP-CH, 20. Juni 2009

Von Zeit zu Zeit treffen sich die Vorstände der Schweiz. Evang. Allianz und des Freikirchenverbandes zum Austausch mit den ihnen nahestehenden Mitgliedern des eidg. Parlaments. Wir haben herausgefunden, dass es drei Kategorien von Geschäften gibt:

1. Wir sind uns grundsätzlich einig.
2. Wir könnten uns vielleicht einigen.
3. Wir werden uns kaum einigen können.

Die Minarettinitiative haben wir in die letzte Kategorie eingeordnet. Das entlastet mich von der Aufgabe, eine Einigung erzielen zu wollen.

Meine Äusserung im ZV, wir können einem militanten Islam nicht mit einer Kreuzungsmentalität begegnen, hat mich ins Fadenkreuz der Initianten gebracht. Ich habe das nie den Initianten vorgeworfen (wie es mir ausgelegt wurde). Vielmehr habe ich davor gewarnt, eine geistliche Auseinandersetzung mit politischen Machtmitteln lösen zu wollen. Die Kreuzzüge sind bis heute eine Hypothek für das christliche Zeugnis in der islamischen Welt.

Schon früh war ich auf einem Podium im Jura und lernte die Argumentation der Befürworter kennen. Sie geht weit über das Minarett hinaus. Eigentlich müssten sie ein Verbot von Moscheen fordern. Das geht klar auch aus dem Auftritt von Ueli Schlüer in der Arena hervor, und der Vertreter von Al-Jasira hat dann auch klar gemacht, ein Ja des Schweizer Volks würde so verstanden und

kommentiert. Das gehe auch aus dem amtlichen Bulletin des Nationalrates hervor.

Mein Nein zur Minarett-Initiative hat zwei Ebenen: die politische und die geistliche.

### **Zuerst die politische Ebene**

Zuwanderung und Wachstum der islamischen Bevölkerung in Europa wecken verständlicherweise Ängste. Der wachsende Einfluss des Islam, der Ruf nach der Scharia oder die Ereignisse in den französischen Vorstädten rufen nach staatlichen Sicherheitsvorkehrungen. Dafür habe ich Verständnis.

**Wir nehmen die Problematik nicht leicht!** Die EVP hat sich ihr mit einer Fachtagung anfangs Jahr gestellt.

### **Die Minarett-Initiative ist nicht zielführend.**

Sie will in Art. 72 der BV wieder einen Abs. 3 einfügen: „Der Bau von Minaretten ist verboten.“ (Da stand mal das Jesuiten-Verbot)

Sie wird Volk und Ständen zum Entscheid vorgelegt, weil sie kein **zwingendes** Völkerrecht verletzt (innere Religionsfreiheit, Folter usw.), aber

- Sie verletzt die menschenrechtlich gewährleistete Religionsfreiheit (Art. 9 EMRK und UNO Pakt II Art. 18)
- Sie verletzt das Diskriminierungsverbot (Art 4 EMRK und Art. 2 UNO Pakt II).

BR Widmer-Schlumpf: „Bei der Annahme dieser Initiative könnte die Schweiz ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen aus diesen wichtigen multilateralen Abkommen nicht einhalten. Unser Land, das sich in der Verfassung zur Beachtung des Völkerrechts bekennt und als Depositarstaat der Genfer Konventionen und als

Gastgeber internationaler Organisationen im Bereich des Menschenrechtsschutzes weltweiten Respekt genießt, würde insofern unglaubwürdig.“

- Sie tangiert Art. 15 BV über Glaubens- und Gewissensfreiheit.
- Sie verletzt den Grundsatz der Gleichbehandlung.
- Sie verletzt den Grundsatz der religiösen Neutralität (Staat und Volk sind nicht befugt, ohne überwiegende öffentliche Interessen über religiöse Inhalte oder Identitätsmerkmale zu befinden).
- Sie löst keines der Probleme, die zu ihrer Begründung angeführt werden:
  - Ausländeranteil wird nicht begrenzt
  - Trennung Kirche-Staat wird nicht beantragt
  - Gesetze und Sonderrechte: Scharia nicht verhindert
  - Islam wird nicht gebremst, rel. Frieden nicht gestärkt
- Sie schränkt Freiheiten ein. Diese Beschränkungen fallen auf andere religiöse Minderheiten zurück.
- Sie missachtet die Gemeindeautonomie (Bauvorschriften in Verfassung).
- Sie diffamiert, ghettoisiert und radikalisiert.
- Sie behindert mit ihren Signalen die Integration.
- Sie gefährdet den Religionsfrieden.
- Sie schwächt den nationalen Zusammenhalt.
- Sie schürt Ängste, statt ihre Ursachen zu bekämpfen.
- Sie spielt mit dem Feuer und ruft „Fürio“
- Sie rückt die Schweiz unnötig ins Interesse radikaler islamistischer Kräfte.
- Sie könnte der Versuch sein, aus einer Angst politischen Profit zu schlagen (Einbürgerungs-Initiative und Argumentation Schlüer).

**Was soll der Staat anstelle der Initiative besser machen?** Wenn er Sicherheit und Ordnung im Innern gewährleisten will, dann muss er

- die Rechtsordnung durchsetzen,
- die Grundwerte einfordern,
- Integrationsziele vereinbaren,
- besonders der Schule Hilfen bieten und auch
- den muslimischen Geistlichen über die Schultern schauen.
- die Einführung der Scharia nicht zulassen.
- Gefährdungen der inneren Sicherheit nicht dulden.
- Sprache, Rechte und Pflichten vermitteln.
- Feiertage und christliche Symbole nicht verschämt verstecken, aber auch nicht aufzwingen.
- Imame sollten einen Teil ihrer Ausbildung in unserem Land absolvieren.

### **Die geistliche Dimension**

Ohne sich gründlich mit der Materie zu befassen, haben zahlreiche Christen die Initiative unterschrieben. „Endlich tut jemand etwas gegen die Infiltration...“ Ich habe ein gewisses Verständnis dafür. Bei einigen schwingt sicher die Furcht mit, sie selber oder ihre Nachkommen könnten einmal religiöser Verfolgung ausgesetzt werden.

Mich erstaunt jedoch, wie grimmig die christlichen Initianten auftreten, wie man mit Gemeindeverbänden umgeht und Exponenten öffentlich angreift (Wahlen 2007 im Oberland, Daniel Zingg über Eric Nussbaumer in idea 11/2009, Werner Scherrer in signal Juni 2009...). Weshalb wird uns Unwissenheit, Scheinheiligkeit, Lächerlichkeit und Oberflächlichkeit unterstellt und der Glaube abgesprochen? Jemand hat mir sogar geschrieben, der Teufel hätte mich eingeschlafert...

Ich bringe Hassbotschaften nicht mit dem Geist Christi zusammen und verzichte auf persönliche Angriffe. Ich erlaube mir aber die Frage, ob die Nervosität und der Nationalismus im Lager der Initianten dem Neuen Testament standhält. Ich weise die Unterstellung zurück, wir würden einem Problem mit Passivität begegnen, im Zeichen der Toleranz der Unfreiheit Platz machen und unser Bekenntnis vernachlässigen. Könnte die Angst vor Minaretten nicht genauso gut ein Zeichen für mangelnden Glauben sein? Ich versuche mich an der Bibel zu orientieren:

- Jesus: „Lernt von mir, ich komme nicht mit Gewalt und Überheblichkeit. Bei mir findet ihr, was eurem Leben Sinn und Ruhe gibt.“
  - Mein Reich ist nicht von dieser Welt. Meine Jünger würden sonst kämpfen...
  - „Selig sind die Friedensstifter.“
  - „Regiert jemand, so sei er vorsichtig.“
  - Petrus/Malchus: Jesus repariert den Schaden unbedachten Handelns
  - Paulus: eiferte mit Unverstand...
  - Paulus in Athen: würdigt das Suchen der Griechen, vermittelt mit aller Sorgfalt den Heilsplan Gottes. Wenn ich als Christ einem Moslem das Evangelium erklären will, schlage ich ihm nicht zuerst ins Gesicht! Z.B.: der Islam sei gar keine Religion...
- Vergessen wir nicht: Jede Einschränkung von Freiheiten, die wir anderen auferlegen, fällt auf uns zurück! Während der Verhandlungen im Rat sagte ein Kollege zu mir: „Ich wäre eigentlich auch für die Initiative, aber dann müsste man den Evangelikalen die Fussballstadien auch verbieten.“

## **Gibt es eine Alternative?**

In die Verfassung gehören Grundsätze, nicht Ausführungsbestimmungen. Wir schlagen einen Religionsartikel vor, der gewährleistet, dass jeder seine Religion frei wählen (oder lassen), ungehindert ausüben und mitteilen, aber auch wechseln kann. Er müsste im Gegenzug akzeptieren, dass unser Land eine christliche Leitkultur und Rechtssprechung kennt. Mehr und weiter sollte sich der Staat nicht in die Religion einmischen.

Mit diesem Anliegen wurden wir beim Evangelischen Kirchenbund vorstellig. Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz steht vor dem Abschluss eines Berichts. Der SEK ist am Gespräch mit uns interessiert. Auf katholischer Seite ist man noch zurückhaltend. CVP und CEg signalisieren Interesse.

## **Schlussfolgerung und Antrag**

Unser Nein zur Minarett-Initiative bedeutet in keiner Weise ein Recht darauf, irgendwo Minarette zu errichten. Wir erwarten, dass die meist eingewanderten muslimischen Menschen bereit sind, sich unauffällig und friedlich einzuordnen und dass sie sich deutlich gegen die Gewalt islamistischer Gruppen aussprechen. Von grösserer Bedeutung aber als das Minarett sind die Botschaften, die in den Kulturzentren und Moscheen vermittelt werden.

Ein Ja zur Initiative hat das Potenzial, vor allem junge moslemische Menschen zu radikalieren, besonders wenn sie sich nicht angenommen fühlen. Die Schweiz würde im Kampf für die Menschenrechte an

Glaubwürdigkeit verlieren. Christen würden als Feinde der Moslems wahrgenommen, was der Mission im Einflussbereich des Islam schaden würde. Liberale Moslems würden in ihrer Hoffnung auf ein friedliches Leben in unserem Land enttäuscht. Restriktionen auch für christliche Aktivitäten in der Schweiz sind nicht auszuschliessen (siehe Freidenker-Aktion und die Reaktion der öffentlichen Verkehrsmittel).

Schlussfrage:

Hätten Sie Lust, noch mehr Verfassungsartikel über Kopftücher, Begräbnisordnungen, Schwimmunterricht und andere heisse Themen zu diskutieren?

Lieber nicht? Dann lehnen Sie diese unselige Initiative ab!